

Werra-Belastung: Hann. Münden lässt Klage gegen K + S sowie zwei Bundesländer prüfen

Hann. Münden. Die Hann. Mündener Stadtverwaltung wird einen Anwalt in Köln beauftragen, eine Klage der Stadt gegen das Kali-Unternehmen K+S sowie gegen die Bundesländer Hessen und Thüringen zu prüfen. Der Rat beschloss damit einstimmig einen interfraktionellen Antrag.

Sollte der Anwalt feststellen, dass eine Klage Aussicht auf Erfolg hat, werde sich die Stadt der bestehenden Klagegemeinschaft anschließen. Streitpunkt ist der zwischen K+S und den beiden Bundesländern geschlossene Vertrag "für eine nachhaltige Kaliproduktion". Es müsse geklärt werden, so der Rat, ob die bestehenden wasserrechtlichen Genehmigungen, auf die sich K+S beruft, mit deutschem und europäischem Recht zu vereinbaren sind.

Die Wasserrahmenrichtlinie, so heißt es in der weiteren Begründung des Ratsbeschlusses, sehe vor, dass innerhalb eines Flussabschnittes alle Anrainer an der Bewirtschaftung beteiligt werden.

Der Vertrag dagegen gestatte es K+S, in den nächsten 30 Jahren Kaliabwässer in die Werra einzuleiten, ohne die Umweltziele und die Umsetzungsfristen der Wasserrahmenrichtlinie und die Bewirtschaftungsziele des Wasserhaushaltsgesetzes beachten zu müssen.

Weiterer Kritikpunkt: Der Vertrag erlaube es dem Unternehmen weiterhin, trockene Salzrückstände auf Halde zu bringen, ohne deren Rückbau zu verlangen. Allein dies würde bedeuten, dass die Werra für mehrere hundert Jahre mit Salzlaugen belastet werde. (kri)